



Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 1/2010

12. Februar 2010

Schulreform: Klarheit statt Kompromiss? SPD drängt auf Klarheit beim Elternwahlrecht

Die Würfel sind gefallen: Statt einer Einigung zwischen Senat und Volksinitiative wird es im Sommer zum Volksentscheid über die schwarz-grüne Schulreform kommen. Die SPD bedauert das, denn wir haben immer deutlich gemacht, dass wir einen lagerübergreifenden Konsens in Schulfragen für besser halten als einen ewigen Schulkampf.

Doch im Volksentscheid steckt auch eine Chance, nämlich die Chance auf Klarheit. Mit einem Kompromiss, der Hamburgs Schulen auf viele Jahre zu einem einzigen großen Versuchslabor gemacht hätte, wäre auch niemandem geholfen gewesen, am allerwenigsten den Kindern, Eltern und Lehrkräften.

Die Forderungen der Initiative hätten eine langjährige

Verunsicherung und Ungewissheit für das ganze Hamburger Schulwesen bedeutet; das kann niemand wollen. Dass die Initiative darauf derart beharrt hat und auch sonst sehr viel weniger Entgegenkommen zeigt als die Senatsseite, lässt Zweifel an ihrem Einigungswillen aufkommen. Offensichtlich will man dort die Kraftprobe.

Die SPD hat immer deutlich gemacht, dass sie im Grundsatz selbstverständlich für ein längeres gemeinsames Lernen ist und den Kern der Reform daher teilt. Doch das fehlende Elternwahlrecht und der ursprünglich zu hastige Zeitplan waren für uns nicht akzeptabel, da sie die gute Absicht ins Gegenteil verkehrt hätten.

Nun muss sich zeigen, ob der

schwarz-grüne Senat aus den Debatten der vergangenen Monate und den 180.000 Stimmen gegen seine Pläne wirklich etwas gelernt hat. Der Zeitplan soll nun entspannter, die Qualitätskontrolle besser und das Elternwahlrecht nach der sechsten Klasse doch eingeführt werden.

Damit wären maßgebliche Forderungen auch von der SPD erfüllt. Allerdings darf die Senatskoalition beim Elternwahlrecht jetzt keinen Schmutz machen und es doch wieder einschränken. Klarheit und Verlässlichkeit sind gefordert, vor allem im Sinne der Kinder.

In dieser Ausgabe:

WOHNUNGSBAU IN BARMBEK: GUB GEBÄUDE— BEZAHLBARE WOHNUNGEN?	2
BARMBEK BASCH ERÖFFNET: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!	2
OBDACHLOSE: TROTZ NOTUNTERKÜNFTEN ÜBERNACHTEN VIELE AUF DER STRASSE	3
MARITIMES MUSEUM: STIFTUNG BEHÄLT 3 MILLIONEN, DIE SIE NICHT BRAUCHT	3
KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS	4
FILM-TIPP: „NORD“	4
TERMINE/VERANSTALTUNGEN	4

**Durch die rote Brille.
Der Kommentar
auf Seite 1**

„Recht auf Stadt“ für alle heißt: Umfassende Politik für eine sozial gerechte Stadt!

Seit einigen Monaten engagiert sich in Hamburg eine Vielzahl von Bürger/-inneninitiative. Ob im Gängeviertel, zum Bernhard-Nocht-Quartier auf St-Pauli, Ikea in Altona oder Wohnen in St. Georg – immer wieder sind es Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich dafür einsetzen, dass Gebäude und deren Nutzung erhal-

ten bleiben, Großblöden in City-Lage nicht eingerichtet werden oder die Zahl (teurer) Neubauwohnungen in bestehenden Altbaugebieten begrenzt bleibt.

Menschen unserer Stadt setzen sich dafür ein, dass Flächen und Gebäude anders genutzt werden, als das die Stadt (und deren Regierung) oder Investoren

vorsehen. Dieses Engagement ist begrüßenswert und erfordert eine große Menge an Respekt.

Dazu muss man sich vor Augen führen: Noch 1993 gab es in Hamburg gut 211.000 Sozialwohnungen – inzwischen sind es nur noch knapp 110.000. Jährlich laufen 6.000 Sozialbindungen aus und es kommen nur etwa 100

neue hinzu. Gab die Hansestadt im Jahr 2000 noch 12,12 Millionen Euro für soziale Stadtentwicklung in Sanierungsgebieten aus, sind es heute nur noch 7,5 Millionen. Das Statistische Landesamt stellte kürzlich fest: Knapp ein Fünftel aller Stadtteile in Hamburg weisen HartzIV-Empfänger/-

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Recht auf Stadt für alle!

innenquoten von 18 Prozent und mehr auf.

Von Jenfeld und Billstedt im Osten Hamburgs zieht sich ein Gürtel von Stadtteilen mit hohen Empfängerquoten über Veddel und Wilhelmsburg bis zum Stadtteil Harburg. Außerhalb dieses Raumes gibt es die innenstadtnahen Stadtteile St. Pauli und Altona-Altstadt sowie Lurup, Steilshoop, Dulsberg, Allermöhe und Hausbruch als Stadtteile mit besonders hohen Hilfequoten.

Sieht man sich die Pläne der Stadt Hamburg an, die Prio-

ritäten und Zielsetzungen der Stadtpolitik: Leitbilder, Stadtentwicklungsprogramme, Bürgermeisterreden, dann ergibt sich ein Bild, in dem die marginalisierten Stadtteile kaum vorkommen.

Es bleiben Probleme im Bereich der schulischen Bildung, der familiären Fürsorge, der Situation im öffentlichen Raum, der Jugendkultur und der lokalen Ökonomie, die nicht als Klientel-Probleme definiert und isoliert gelöst werden können. Die Politik muss sich, mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, für eine städtebauliche Auf-

wertung, sozial ausgewogenes Wohnen und kulturelle Angebote für alle in vielen Stadtteilen (wie beispielsweise auch in Barmbek) einsetzen.

Eines ist für uns klar: Das „Recht auf Stadt“ muss für alle gelten und gerade auch für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen durchgesetzt werden – nicht nur für die Personengruppen, die wesentlich besser in der Lage sind, ihrem Protest und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Hier ist die Politik gefordert!

Wohnungsbau in Barmbek: Gebäude des ehemaligen Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek – werden Wohnungen dort bezahlbar sein?

Das Gebäude des Gymnasiums Uhlenhorst-Barmbek (GUB) wurde seit 2007 vom Senat als Schule aufgegeben. SAGA GWG soll dort jetzt Wohnungen bauen. Die künftigen Wohnungen sollen – unabhängig davon, ob der Altbestand erhalten oder ob es einen Neubau geben wird – mit Niedrigenergiestandard errichtet werden.

Die SPD-Bezirksfraktion und ihr Vorsitzender Thomas Domres haben Zweifel, dass die Errichtung im Niedrig-

energiestandard ohne deutliche Mietpreiserhöhungen erfolgen könnte. Daher hat die Barmbeker SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Ksenija Bekeris eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat eingereicht, in der sie vor allem die zu erwartenden Mieten bei den unterschiedlichen Energiestandards erfragt. Die ausweichende Antwort des Senats mit der Behauptung, dass die unterschiedlichen Standards quasi gleich teuer seien, lassen einige Zweifel

bestehen. Daher wird mit einer zweiten Anfrage nachgehakt.

Sozialdemokratische Maxime bleibt, dass Wohnungen, nicht nur in diesem Stadtteil, bezahlbar bleiben müssen. Auch eine energetisch etwas abgespeckte Lösung könnte einen Fortschritt darstellen. Ksenija Bekeris und die SPD-Bezirksfraktion werden aufmerksam verfolgen, ob der angestrebte Standard nicht zu deutlichen Mietsteigerungen führen wird.

Barmbek Basch eröffnet: Herzlichen Glückwunsch!

Barmbek-Süd kann sich über ein neues Stadtteilzentrum für soziale und kulturelle Aktivitäten freuen. Mit dem Barmbek Basch wurde am 15. Januar ein in Hamburg einzigartiges Projekt eingeweiht, das einen gemeinsamen Raum für soziale, Bildungs- und Kultureinrichtungen schafft.

Unter dem Dach des Zentrums

haben sich sieben Einrichtungen zusammengefunden: die Kirchengemeinde Alt-Barmbek, die Bücherhalle Dehnhaid, der Kulturpunkt (ehemals Kulturhaus Dehnhaid) mit seinen Untermietern, das Kinder- und Familienzentrum KiFaZ mit den Familienhebammen und dem Medienprojekt LogIn, die AWO-Altentagesstätte, die Erziehungsberatung des Be-

zirks Hamburg-Nord (Bereich Barmbek) und die Mütterberatung des Bezirks Hamburg-Nord. Auch die SPD Barmbek-Mitte tagt regelmäßig dort.

Wir wünschen allen Beteiligten, dass die Vernetzung zwischen ihnen gut funktionieren wird und ihre Angebote auf breite Resonanz stoßen werden.

KSENIJA BEKERIS:
„WOHNUNGEN
MIT BESSEREN
ENERGIE-
STANDARDS
MÜSSEN
BEZAHLBAR
BLEIBEN“

Obdachlose in Hamburg: Im Winter übernachten viele trotz Notunterkünften weiterhin „auf der Straße“

Alle Winter wieder stellt sich die Frage: Warum gibt es trotz der Hilfsangebote der Stadt und der karitativen Einrichtungen eine Vielzahl von Menschen, die ihr Dasein fortwährend auf der Straße fristet?

Wohnungslos bleiben viele, weil es nicht ausreichend Wohnungen gibt, die auch für sozial Schwache bezahlbar sind. Obdachlos bleiben diejenigen, die aus verschiedenen Gründen die Unterkünfte, die von Seiten der Stadt zur Verfügung gestellt werden, nicht nutzen. Wie sehen diese Gründe aus?

Die vorhandenen öffentlichen Unterkünfte bestehen vorwiegend aus Doppelzimmern, es gibt nur ein paar Einzelbettunterbringungen (17%). Wohn-Notunterkünfte, wie sie auch im Rahmen des Winternotprogrammes angeboten werden, bestehen aus 20-30 Räumen, in denen jeweils auf rund 15qm vier bis fünf Betten eng nebeneinander stehen. Die

Schlafräume sind offen, das heißt nicht abzuschließen (vielerorts gibt es abschließbare Fächer für Wertsachen). Es gibt zudem Großduschräume, ein bis zwei Gemeinschaftsräume (mit TV) und es werden Mahlzeiten angeboten.

Viele Obdachlose ziehen es vor, nicht in diesen Unterkünften zu übernachten. Die Gründe reichen von persönlichem Misstrauen gegenüber Menschenansammlungen und Sammelunterkünften, dem Wunsch nach Privatheit, über die Furcht vor Diebstahl oder (Gewalt-) Konflikten bis hin zur Orientierungslosigkeit, die auf gesundheitlich-psychische Ursachen oder auf den Gebrauch von Alkohol zurückzuführen ist.

Den Menschen, die auf der Straße bleiben und im Winter nachts oft eisiger Kälte ausgesetzt sind, wird sporadisch geholfen. Hierzu gibt es einen mobilen Hilfsbus der Diakonie, der an Obdachlose warme

Nahrungsmittel und Decken verteilt. Dieser Bus fährt aber nur einige wenige Orte in der Stadt an.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Erreichbarkeit aller Obdachlosen tritt die Bürgerschaftsabgeordnete Ksenija Bekeris dafür ein, Aufklärungskampagnen für Bürgerinnen und Bürger zu starten, die über die Problematik „Obdachlose im Winter auf Hamburgs Straßen“ informieren. Auf diese Weise könnten die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen werden, wenn sie Obdachlose bei eisiger Kälte auf der Straße übernachten sehen, diese den Hilfeeinrichtungen zu melden. Daneben wäre es sinnvoll, eine zentrale telefonische Hotline einzurichten, bei der sich Bürgerinnen und Bürger melden können, wenn ihnen Obdachlose in Not auffallen. Diese Stelle könnte entsprechende Notmaßnahmen einleiten.



© B. Sterzel/Pixelio
www.pixelio.de

Maritimes Museum: Stiftung behält 3 Millionen Euro Zuschuss, die sie nicht braucht

SPD kritisiert „schalen Beigeschmack“ und fordert Rückgabe an die Stadt

2004 hat die Bürgerschaft dem ehemaligen Springer-Chef Peter Tamm einen Zuschuss von 30 Mio. Euro bewilligt, um für seine private Schiffe-Sammlung ein Museum einzurichten. Der Zuschuss war bestimmt für den Aus- und Umbau des Kaispeichers B in der Speicherstadt, in dem das „Maritime Museum“ 2008 eröffnet wurde. Allerdings hatte der CDU-Senat es damals versäumt, diese Zweckbestimmung im Zuwendungsvertrag eindeutig genug festzuschreiben.

Auf Anfrage des SPD-Kulturexperten Wilfried Buss kam nun heraus, dass die 30

Mio. Euro für den Aus- und Umbau nicht komplett verbraucht wurden, da auf ein anfangs geplantes Bauelement verzichtet wurde. Es sind über 3 Mio. Euro übrig geblieben. Doch anstatt dieses Geld an die Stadt zurück zu geben, will die Tamm-Stiftung es behalten und für weitere Ausgaben, wie z.B. Cafeteria und Marketing verwenden. Dabei beruft sie sich auf den Vertrag, nachdem sie nicht zur Rückgabe verpflichtet ist.

Wilfried Buss hat dieses Vorgehen scharf kritisiert: „In einer Zeit, in der Hamburg im Sozial- und Bildungsbereich schärfste

Einsparungen bevorstehen, ist ein solch laxer Umgang mit Steuergeldern völlig inakzeptabel. Nur zur Verdeutlichung: Für 3 Millionen Euro könnte man einen Jugendclub in einem sozialen Brennpunktstadteil 30 Jahre lang betreiben!“

Aber auch im Vergleich zu den vielen anderen Kulturprojekten, die um jeden Cent kämpfen müssen, habe diese Großzügigkeit des Senats gegenüber einem alles andere als mittellosen Stifter einen „schalen Beigeschmack“, resümiert Buss.

WILFRIED BUSS:
„DIESER LAXE
UMGANG MIT
STEUERGELDERN
IST VÖLLIG
INAKZEPTABEL“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris **Büroleitung: Oliver Trede**

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 10-19 Uhr
Mi-Fr: 09-13 Uhr

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss **Büroleitung: Sönke Klages**

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Webseite:

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Familien-, Kinder- und Jugend-
ausschuss
- Sozial- und Gleichstellungsaus-
schuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur-, Kreativwirtschafts-
und Tourismusausschuss
- Schulausschuss

Film-Tipp: „Nord“

Norwegen im Winter. Einsamkeit und die scheinbare Leere seines eigenen Lebens machen Jolmar zu schaffen. Jolmar ist in den 30ern, er schläft und trinkt ziemlich viel, alles nachdem er nach einem Unfall seine Sportkarriere beenden musste und seine Frau ihn verlassen hat. Als Jolmar allerdings erfährt, dass er einen vierjährigen Sohn hoch im Norden haben soll, begibt er sich mit einem Schneemobil und einem Fünf-Liter-Kanister Alkohol auf eine ebenso kuriose wie poetische Reise.

Unterwegs durch atemberaubende Landschaften Richtung Polarkreis begegnen ihm allerhand seltsame Gestalten. Ein einsames junges Mädchen, ein lebensmüder Greis und ein homophober schwuler junger Mann. NORD ist ein skurriles kleines Filmchen, aber so komisch und rührend erzählt, dass man mit einem wohligen Gefühl im Bauch aus dem Kino kommt. Und: Sage nochmal einer, der Winter in Hamburg ist dieses Jahr zu kalt und schneereich!

Filmtitel: Nord

Genre: Drama/Komödie

Herkunftsland: Norwegen

Dauer: 78 min

Start: Anfang Januar 2010



© F.Steffen/Pixelio
www.pixelio.de

Termine

- 17.2.2010: Mieter/-innenberatung Wilfried Buss, Wahlkreisbüro, Ifflandstr., 16-18 Uhr
- 18.2.2010: Bürger/-innensprechstunden Ksenija Bekeris, Wahlkreisbüro, Pestalozzistr., 16-18 Uhr
- 27.2.2010: Landesparteitag der SPD im CCH, ab 9.30 Uhr
- 25.3.2010: Bürger/-innensprechstunden Ksenija Bekeris, Wahlkreisbüro, Pestalozzistr., 15-17 Uhr
- 16.4.2010: Veranstaltung im Wahlkreis: Lärm und Verkehr in Barmbek—Diskussionsrunde mit den Bürger-schaftsabgeordneten Ksenija Bekeris und Monika Schaal (SPD), Ort: AWO Seniorentreff, Habichtsplatz 17, 19.30 Uhr
- 21.4.2010: Mieter/-innenberatung Wilfried Buss, Wahlkreisbüro, Ifflandstr., 16-18 Uhr